

Autoparadies Thailand?

Thailand ist hinter den USA der zweitgrößte Hersteller von Pick-ups. Fabriken, meist Produktionsbasen ausländischer Firmen wie Nissan, Mazda, Toyota und Ford, produzierten im letzten Jahr (2003) 470.000 Fahrzeuge, überwiegend für den Export. Die thailändische Regierung bemüht sich auch die Pkw-Industrie weiter auszubauen. Bereits jetzt haben ausländische Automobilhersteller, anders als in Malaysia, der größte Automarkt der Region, nahezu freien Marktzugang und genießen niedrige Zoll- und Steuerbestimmungen. Bis 2011 will Thailand rund 800.000 Pick-ups und Sportfahrzeuge exportieren, damit wäre es der neuntgrößte Automobilproduzent weltweit. Hindernisse für den Ausbau der Autoindustrie stellen zum einen die geringe Binnennachfrage dar, in Thailand besitzt nur jeder zwölfte ein Auto. Zum anderen ist China durch günstige Investitionsbedingungen sowie billige und gut qualifizierte Arbeitskräfte ein großer Konkurrent im Automobilsektor.

vgl. Economist, 9.9.2004

Regierung will Wunderheiler kontrollieren

Im Rahmen einer Erziehungskampagne zur »Unterscheidung von guten und schlechten übernatürlichen Phänomenen« will die thailändische Regierung Wunderheiler staatlich registrieren lassen. Auslöser war der spirituell inspirierte Mord an einem zwölfjährigen Mädchen Anfang Oktober 2004; weibliche Familienmitglieder hätten von einer hinduistischen Gottheit via eines Mediums die Weisung erhalten, die Tochter zu opfern, weil sie vom Bösen besessen sei. Die Kampagne will die Bevölkerung über Betrugereien und Missbrauch im Hinblick von spirituellen Praktiken aufklären.

vgl. BBC News, 13.10.2004

Vogelgrippe endgültig ausrotten

Die thailändische Regierung plant Maßnahmen mit einem Aufwand von 3 Mrd. Baht (57 Mio. €) zu ergreifen, um die offene Entenzucht abzuschießen. Vizepremier Chaturon Chaisang sagte nach einer Krisensitzung zum Thema Vogelgrippe, dass eine Verbindung zwischen dem Auftauchen der Krankheit und der offenen Entenzucht bestehe. So sollen die Farmer dazu bewegt werden, ihre Tiere in geschlossener Zucht zu halten, um bessere Kontrollmöglichkeiten zu bekommen. Die Politiker erhoffen sich eine Eindämmung der Vogelgrippe, welche das Land im Allgemeinen und seine Wirtschaft im Speziellen seit langem beeinträchtigt.

Daher plante die Regierung anhand eines weiteren Projekts in Höhe von 2,8 Mrd. Baht (53,2 Mio. €) die Krankheit endgültig bis zum 31. Oktober 2004 einzudämmen. Mit dem Geld wurden Viruzide und weitere Medikamente, vorbeugende Maßnahmen und Methoden bezahlt, effiziente Frühwarnsysteme zu installieren.

Um landwirtschaftliche Unternehmen zu unterstützen, die aufgrund der Massentötungen ihrer Tiere große Einbußen verbuchten, hat die Regierung finanzielle Hilfe gewährt. Das Kabinett hat den Farmen eine Subvention in Höhe von 5 Mrd. Baht (95 Mio. €) abgesegnet.

Freihandelsabkommen angestrebt

Nach dem erfolgreichen Freihandelsabkommen (FTA) mit Australien, ist die thailändische Regierung offensichtlich bemüht, weitere Partner zu finden. Die indische Regierung arbeitet derzeit eine Liste über so genannte »sensitive items« aus, welche das Freihandelsabkommen zwischen Indien und Thailand betreffen. Ziel ist es, einen Kompromiss zu finden, einige indische Produkte zu schützen und wettbewerbsfähig zu halten. Beide Regierungen haben bereits ein Abkommen über die Rahmenbedingungen unterzeichnet. Dennoch plant die indische Regierung, eine Liste von »sensitive items« in die Verhandlungen

Der Kredit – dessen Garant das Finanzministerium ist – wird von der Krung Thai Bank und der Siam City Bank zur Verfügung gestellt und soll dazu dienen, Exporte zu ermöglichen. So sollen die betroffenen Unternehmen insgesamt 100.000 Tonnen gefrorene Hühner ins Ausland liefern, deren Preisdifferenz die Regierung ausgleicht, damit die Farmer keine erheblichen Verluste erzielen. Die Banken übernehmen des Weiteren die Aufgabe, für die Unternehmen entsprechende Märkte wie Afrika und Russland zu erschließen, da der bisherige Hauptabnehmer EU immer noch kritisch gegenüber thailändischem Geflügel eingestellt ist.

Dies musste auch ein thailändischer Mann erfahren, der am 24. Oktober in Brüssel landete und im Handgepäck zwei Adlerküken einschmuggeln wollte. Diese wurden umgehend getötet und anschließend positiv auf die Vogelgrippe untersucht. Zwar wurde der Mann selbst nicht infiziert, aber dennoch wurden alle Passagiere der beiden Maschinen von Bangkok über Wien nach Brüssel (Flüge BR 0061 und OS351) aufgefordert, einen Arzt zu konsultieren, sollten sie in der folgenden Zeit Grippe Symptome zeigen.

vgl. The Nation, 5.10., 3.11.; CNN 19.10., 24.10.2004

einzuführen. Zurzeit arbeitet sie noch am Umfang.

Vor der US-Wahl Anfang November sagte der thailändische Ministerpräsident Thaksin Shinavatra, dass die Bemühungen um eine US-Thaiändische Freihandelszone von der Wiederwahl des Präsidenten George W. Bush abhängen. Sollte Kerry gewinnen, werden diese Ambitionen wohl zurücktreten müssen, so der Premierminister weiter. Grund hierfür ist unter anderem die bisherige gute Zusammenarbeit des Königreiches mit der Bush-Administration in Fragen der internationalen Sicherheit.

vgl. Economic Times, 8.11.; The Nation, 4.11.2004

nachrichten

78 Muslime starben in Polizeigewahrsam

Ende Oktober 2004 starben 84 muslimische Demonstranten während einer Demonstration vor einer Polizeistation in Takbai in der südlichen Provinz Narathiwat. 78 von ihnen starben in Polizeigewahrsam. Sie erstickten oder wurden erdrückt, berichtet die forensische Medizinerin Dr. Pornthip Rojanasunan nach der Autopsie. Zeugen berichten, wie Polizisten sie mit hinter dem Rücken verbundenen Händen in bereits überfüllte Polizeiwagen trieben. Sechs weitere wurden während der Demonstration erschossen, insgesamt nahm die Polizei 1.300 Personen fest.

Die Behörden befürchten nun Vergeltungsschläge aus dem benachbarten, muslimisch dominierten Malaysia, deren Regierung die Reaktion Thailands kritisierte und als »übertrieben« bezeichnete. Des Weiteren fordern 144 islamische Akademiker von 18 thailändischen Universitäten Ministerpräsident Thaksin Shinavatra auf, sich für die 78 Todesopfer zu entschuldigen. Dieser »bedauere« zwar ihren Tod, verdeutlichte aber, dass sein Kabinett an seinem bisherigen Kurs festhalten werde. Allein in diesem Jahr forderten die Unruhen etwa 400 Todesopfer und die militante Gruppierung Pattani United Liberation Organization (PULO) hat auf ihrer Internetseite eine Warnung an alle Buddhisten im Süden Thailands veröffentlicht und sie aufgefordert, die betroffenen Regionen umgehend zu verlassen.

vgl. CNN 26.10., 7.11.; Atimes, 2.11.; BBC, 5.11.; IHT, 28.10.; AlJazeera 8.11.2004

nachrichten

Bildungssystem nur mittelmäßig

Die UNESCO bescheinigt Thailand in ihrem jüngsten *Education for All (EFA)*-Bericht Mängel im Bildungssystem und stuft es auf Platz 60 von 127 untersuchten Ländern ein. Überfüllte Klassen und schlecht ausgebildete Lehrer nennt der Bericht als Hauptursachen für die Schwächen der als mittelmäßig platzierten Länder. 2001 hat die Regierung in Bangkok 5,1 Prozent des BIP in Bildung investiert und liegt damit vor Südkorea (3,6 Prozent), welches als bestes asiatisches Land auf Platz vier im Gesamtfeld landete. Auch Polen, Argentinien, Jordanien, China und Uruguay konnten sich vor Thailand positionieren. Laut Statistik absolvieren in Thailand rund 82 Prozent eine Grundschulausbildung, 50 Prozent der Erwachsenen beherrschen Lesen und Schreiben, es herrscht keine rechtliche Garantie für die Grundschulausbildung. Auch bei der weiterführenden Ausbildung kämpft Thailand mit Schwierigkeiten: Aufgrund finanzieller Pannen und schlechter Reputation ist ein nationales Stipendiumsprogramm ins Stocken geraten. Nach diesem Programm wollte die Regierung pro Jahr 350 vierjährige Stipendien zur Ausbildung von inländischen Wissenschaftlern vergeben, von denen gehofft wird, dass sie nach dem Studium in Thailand bleiben. Jedoch ist die Zahl der vergebenen Stipendien weit unter dem geplanten Ziel zurückgeblieben, so Suchat Muangkaew, der stellvertretende Generalsekretär der Hochschulkommission. vgl. *The Nation*, 8.11.2004, Pattaya Blatt 1/7.11.2004

Benimmregeln für Ausländer

Die thailändische Regierung hat ein Buch über nationale Etikette in Auftrag gegeben. Als Auslöser gilt die Kontroverse um ein US-Filmposter, welches den Hauptdarsteller auf einem Buddhakopf sitzend abgebildet hatte. Anfang September 2004 protestierten das Nationale Buddhismusbüro Thailands sowie buddhistische Vereinigungen in Sri Lanka, Burma und Kambodscha gegen die Filmwerbung. Autor und Regisseur Philippe Caland zog darauf das Poster zurück und ent-

schuldigte sich. Der Film erzählt die Geschichte eines Regisseurs, welcher sich dem Buddhismus zuwendet, um seine Karriere wieder in Gang zu bringen.

Das demnächst veröffentlichte Regelwerk für Ausländer soll laut Vize-Kulturminister Weerasak Kowsurat nicht den Charakter eines Strafgesetzbuches haben. »Es liegt an den ausländischen Gästen, ob sie sich an den Regeln, die wir vorschlagen orientieren oder nicht«, so Kowsurat. Damit wi-

dersprach er Gerüchten, nach denen Touristen bei Regelverletzung des Landes verwiesen werden sollen.

Der Buddhismus und die königliche Familie genießen in Thailand höchsten Respekt und gelten als unkritisch.

vgl. *Daily Times*, 9.9.2004, *Guardian Unlimited*, 9.9.2004, *BBC News*, 13.9.2004

Erstmals Minister wegen Korruption verurteilt

Das Oberste Gericht Thailands verurteilte den thailändischen Gesundheitsminister Rakkiat Sukhtana wegen Korruption zu einer 15-jährigen Freiheitsstrafe. Laut des Gerichtes hat er während der Regierungszeit des früheren Premierministers Chavalit Yongchaiyudh etwa fünf Millionen Baht (circa 95.000 EURO) an Bestechungsgeldern angenommen. Im Gegenzug soll er Krankenhäuser veranlasst haben, überbeuerte Medikamente zu kaufen.

Das vergleichsweise harte Urteil des thailändischen Gerichtes, das neben Indonesiens Gericht als eines der korruptesten der Welt zählt, hat die öffentliche Meinung überrascht.

Viele Thailänder waren überrascht, dass ein so hochrangiger Politiker keinen Freispruch, oder – schlimmstenfalls – soziale Dienstleistungen erwirkt hat. Kurz nach seiner Inhaftierung in das Bangkok Special Prison fragte ihn Direktor Prayad Chringchit, ob der Ex-Minister daran interessiert sei, Jura zu unterrichten. Da Rakkiat einen juristischen Abschluss hat, kann er gemeinsam mit weiteren Lektoren der Sukhothai Thammathirat Open University den Inhaftierten Lektionen in thailändischem Recht erteilen.

Auch die Polizei Bangkoks muss sich nun in einem Bericht über Korruption verantworten. Wie die Bangkok Posts zeigte,

ist die gesamte polizeiliche Hierarchie Bangkoks von Korruption geprägt. So zahlen Inhaber von Bordellen und illegalen Spielcasinos einem Polizeichef monatlich etwa drei Millionen Baht (57.000 EURO), um ihre Geschäfte weiter betreiben zu können. Einer der Rechercheure, Natthanan Wijit-aksorn, berichtet, dass gerade Geschäftsleute bereitwillig zahlen, da Bestechungsgelder weniger Kosten verursachen, als ihre Geschäfte legal abzuwickeln, falls dies überhaupt möglich sei.

vgl. *The Australian*, 6.11.; *The Nation*, 4.11.; *Atimes*, 8.11.2004

Unterstützung für Wirtschaftsentwicklung

Die thailändische Regierung ist bereit, die regionale Irrawaddy-Chao Phya-Mekong Economic Cooperation Strategy (Acmeqs) mit einem Budget zwischen einer und zehn Milliarden Baht (19 bis 190 Millionen EURO) zu unterstützen. Auf diese Weise sollen sowohl Thailand, als auch benachbarte Staaten einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben, sagte Vizepremier Chaturon Chaisang. Thailands Bruttoinlandsprodukt ist höher als das von Burma,

Kambodscha und Laos zusammen, was unter Umständen zu Immigrationsproblemen führen kann, so der Vizepremier weiter.

Die Aufgabe Acmeqs ist die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der drei Wirtschaftssektoren (erstens Landwirtschaft, zweitens Industrie, drittens Dienstleistung). Thailand kann so seine eigene Effizienz steigern, indem es Aufgabenbereiche der Industrie in die Nachbarländer auslagert, in

denen die Löhne niedriger sind. Außerdem können mit Hilfe des Acmeqs Logistikkosten verringert werden, welche 20 bis 25 Prozent des thailändischen Bruttoinlandsprodukts ausmachen (etwa eine Billionen Baht oder 19 Milliarden EURO).

vgl. *The Nation*, 7.11.2004